



Amtsblatt

für den Regierungsbezirk Münster

Herausgeber: Bezirksregierung Münster

Münster, den 9. Juni 2017

Nummer 23

INHALTSVERZEICHNIS

B:	Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen der Bezirksregierung	181	C:	Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen anderer Behörden und Dienststellen	182
99	Bekanntmachung gemäß § 3a des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)	181	101	Haushaltssatzung	182
100	Bekanntmachung gemäß § 3a des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)	181	102	Bekanntmachung des Regionalverbandes Ruhr	184

Hinweis:

Dieser Ausgabe liegt kein Öffentlicher Anzeiger bei.

B: Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen der Bezirksregierung

99 Bekanntmachung gemäß § 3a des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

Bezirksregierung Münster 48147 Münster, den 01.06.2017
500-000558/0006.V

Die Bio Energie Steinbeck GmbH & Co. KG, Püttenbeckstraße 39, 49509 Recke hat hier einen Antrag zur wesentlichen Änderung und zum Betrieb einer Biogasanlage auf dem Grundstück Gemarkung Recke, Flur 29, Flurstück 622 vorgelegt.

Gegenstand des Antrages sind neben dem unveränderten Weiterbetrieb vorhandener Anlagenteile, die

- Errichtung eines 1.500 kW_{el} Flex-BHKWs inkl. Gastechnik/Gasreinigung
- Errichtung eines 1.000 m³ Pufferspeichers zur Optimierung der Wärmeanbindung
- Errichtung eines 4.000 m³ gasdichten Gärrestlagerbehälters für den flexiblen Betrieb
- Neubau eines zusätzlichen Trafo-Gebäudes mit Anbindung an das Stromnetz

Gemäß der 4. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen) und den Bestimmungen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) bedarf das beantragte Vorhaben einer Genehmigung nach diesen Vorschriften.

Da dieses Vorhaben in den Anwendungsbereich des UVPG fällt, wurde eine standortbezogene Vorprüfung gemäß § 3c (1) Satz 2 UVPG durchgeführt.

Im Rahmen der Vorprüfung wurde festgestellt, dass für das beantragte Vorhaben keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht, da unter Berücksichtigung der in der Anlage 2 zum UVPG aufgeführten Kriterien, erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen durch das Vorhaben nicht zu besorgen sind.

Gemäß § 3a Satz 3 UVPG ist diese Feststellung nicht selbständig anfechtbar.

Die Bekanntmachung der Feststellung erfolgt nach § 3a UVPG in entsprechender Anwendung des § 10 Abs. 3 Satz 1 des BImSchG.

Im Auftrag
gez. Christoph Zielinsky

Abl. Bez.Reg. Mstr. 2017 S. 181

100 Bekanntmachung gemäß § 3a des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

Bezirksregierung Münster
500-53.0011/17/9979345-0001/0004.V

48147 Münster, den 24.05.2017

Die Firma IMPERIAL Chemical Logistics GmbH, Schifferstraße 26 in 47059 Duisburg hat hier einen Antrag zur wesentlichen Änderung der Anlage zur Lagerung von Gefahrstoffen auf dem Betriebsgrundstück, Westring 3 in 48356 Nordwalde (Gemarkung Nordwalde, Flur 55, Flurstücke 200, 206 und 207), vorgelegt.

Gegenstand des Antrages ist die geänderte Nutzung des Lagerbereiches 33 der Halle 00 für die Lagerung von max. 1000 t Pflanzenbehandlungs- und Schädlingsbekämpfungsmitteln in ortsbeweglichen Gebinden. In der Halle 00 sollen darüber hinaus chemische Produkte in dem bisher genehmigten Stoffrahmen oder alternativ Lithiumionenbatterien gelagert werden. Damit erhöht sich die Gesamtkapazität der Lageranlage von 5.000 t auf 6.000 t.

Gemäß der 4. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen) und den Bestimmungen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) bedarf das beantragte Vorhaben einer Genehmigung nach diesen Vorschriften.

Für das Vorhaben wurde ein Vorprüfungsverfahren (Screening) zur Feststellung des Erfordernisses einer Um-

weltverträglichkeitsuntersuchung gemäß §§ 3a-c des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt.

Im Rahmen dieses Verfahrens wurde festgestellt, dass es einer weiteren Umweltverträglichkeitsprüfung als unselbständiger Teil des Genehmigungsverfahrens nicht bedarf, da u. a. erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen durch das Vorhaben nicht zu besorgen sind.

Diese Feststellung ist nicht selbständig anfechtbar.

Die Bekanntmachung der Feststellung erfolgt nach § 3a UVPG in entsprechender Anwendung des § 10 Abs. 3 Satz 1 des BImSchG.

Im Auftrag
gez. Große Daldrup

Abl. Bez.Reg. Mstr. 2017 S. 181–182

C: Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen anderer Behörden und Dienststellen

101 Haushaltssatzung

Aufgrund des § 18 Abs. 1 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01. Oktober 1979 (GV. NRW. S. 621), zuletzt geändert durch Gesetz vom 03. Februar 2015 (GV. NRW. S. 204), in Verbindung mit den §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 25. Juni 2015 (GV. NRW. S. 496), und den §§ 1 und 19 der Zweckverbandssatzung der EUREGIO hat die Versammlung der EUREGIO mit Beschluss vom 20. Januar 2017 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017, der die für die Erfüllung der Aufgaben der EUREGIO voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit

Gesamtbetrag der Erträge auf	4.499.055 €
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	4.460.586 €

im Finanzplan mit

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	4.502.055 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	4.421.086 €
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	0 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	20.000 €
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	0 €

Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf festgesetzt.	1.000.000 €
---	-------------

§ 2

Kredite für Investitionen werden nicht veranschlagt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Eine Inanspruchnahme des Eigenkapitals soll nicht stattfinden.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

1.000.000 €

festgesetzt.

§ 6

Die Mitgliedsbeiträge der Mitgliedskörperschaften werden aufgrund des Artikels 4 (13) des Vertrages von Anholt und des Artikels 19 (1) der Zweckverbandssatzung der EUREGIO auf

983.389 €

festgesetzt. Eine zusätzliche Verbandsumlage nach § 19 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG NRW) wird nicht erhoben.

§ 7

– entfällt –

§ 8

1. Zur flexiblen Haushaltsbewirtschaftung werden gemäß § 21 Abs. 1 Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO NRW) die zahlungswirksamen Erträge und Aufwendungen sowie Einzahlungen und Auszahlungen innerhalb der Produktbereiche zu Budgets verbunden.

2. Mehrerträge erhöhen gemäß § 21 Abs. 2 GemHVO NRW die Ermächtigungen für Aufwendungen. Diese

Mehraufwendungen gelten nicht als überplanmäßige Aufwendungen.

3. Für über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gelten die Regelungen des § 83 Gemeindeordnung NRW (GO NRW). Über die Leistung dieser Aufwendungen und Auszahlungen entscheidet der Geschäftsführer in seiner Funktion als Kämmerer im Einzelfall bis zu 30.000 EUR und der Vorstand im Einzelfall bis zu 60.000 EUR.

Darüber hinaus entscheidet der Geschäftsführer in seiner Funktion als Kämmerer mit Zustimmung des Vorstandes über die Leistung dieser Aufwendungen und Auszahlungen im Einzelfall bis zu 1.000.000 EUR, wenn die sich hieraus ergebenden Mehrerträge unter Einbeziehung der Mehrerträge aus internen Leistungsbeziehungen (Gemeinkosten) die Mehraufwendungen um nicht mehr als 25.000 EUR unterschreiten.

4. Ermächtigungen für Aufwendungen und Auszahlungen können mit Zustimmung des Geschäftsführers in seiner Funktion als Kämmerer übertragen werden. Werden sie übertragen, bleiben sie bis zum Ende des folgenden Haushaltsjahres verfügbar. Ermächtigungen für Auszahlungen für Investitionen bleiben bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für ihren Zweck verfügbar. Werden Investitionsmaßnahmen im Haushaltsjahr nicht begonnen, bleiben die Ermächtigungen bis zum Ende des zweiten dem Haushaltsjahr folgenden Jahr verfügbar. Im Übrigen gelten für Ermächtigungübertragungen die Bestimmungen des § 22 Abs. 2 – 4 GemHVO NRW.
5. Investitionsmaßnahmen werden gemäß § 4 Abs. 4 GemHVO NRW einzeln im Haushaltsplan ausgewiesen, wenn sie einen Auszahlungsbedarf von 50.000 € überschreiten.

Begrotingsreglement

Op grond van § 18 lid 1 van het *Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit* (GkG NRW) in de versie gepubliceerd op 01 oktober 1979 (*Gesetz- und Verordnungsblatt NRW* [GV. NRW.] blz. 621), laatstelijk gewijzigd bij wet van 03 februari 2015 (GV. NRW. blz. 204), in combinatie met §§ 78 e.v. van de *Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen* (GO NRW) in de versie gepubliceerd op 14 juli 1994 (GV. NRW. blz. 666), laatstelijk gewijzigd bij artikel 2 van de wet van 25 juni 2015 (GV. NRW. blz. 496) en §§ 1 en 19 van de *Gemeenschappelijke Regeling van de EUREGIO* heeft de algemene ledenvergadering van de EUREGIO bij besluit van 20 januari 2017 het volgende begrotingsreglement aangenomen:

§ 1

De begroting voor het begrotingsjaar 2017, die de voor de vervulling van de taken van de EUREGIO geraamde baten en lasten omvat, inclusief ontvangen stortingen en te verrichten betalingen en noodzakelijke vastleggingskredieten, wordt

in het exploitatie-overzicht vastgesteld op	
totale baten van	4.499.055 €
totale lasten van	4.460.586 €

in het kasstroom-overzicht vastgesteld op	
totaalbedrag van ontvangsten voortvloeiende uit de administratieve werking van	4.502.055 €

totaalbedrag van betalingen uit de administratieve werking van	4.421.086 €
totaalbedrag van ontvangsten uit de investeringsactiviteit van	0 €
totaalbedrag van betalingen uit de investeringsactiviteit van	20.000 €
totaalbedrag van ontvangsten uit de financieringsactiviteit van	0 €
totaalbedrag van betalingen uit de financieringsactiviteit van	1.000.000 €

§ 2

Er worden geen kredieten voor investeringen begroot.

§ 3

Er worden geen vaststellingskredieten begroot.

§ 4

Er zal geen beroep op het eigen vermogen worden gedaan.

§ 5

Het maximumbedrag van de kredieten waarop een beroep mag worden gedaan ter waarborging van de liquiditeit, wordt vastgesteld op

1.000.000 €.

§ 6

De ledenbijdragen van de lidorganen worden overeenkomstig artikel 4 (13) van het Verdrag van Anholt en van artikel 19 (1) van de *Gemeenschappelijke Regeling van de EUREGIO* vastgesteld op

983.389 €.

Naast deze ledenbijdragen wordt er geen *Verbandsumlage* overeenkomstig § 19 van het *Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit* (GkG NRW) opgelegd.

§ 7

– vervalt –

§ 8

1. Ten behoeve van een flexibel begrotingsbeheer worden overeenkomstig § 21 lid 1 *Gemeindehaushaltsverordnung NRW* (GemHVO NRW) de contante baten en lasten alsmede ontvangsten en betalingen binnen de productgebieden tot budgetten samengevoegd.
2. Meeropbrengsten verhogen overeenkomstig § 21 lid 2 GemHVO NRW de bevoegdheden voor te maken kosten. Deze meerkosten worden niet als bovenplanmatige lasten beschouwd.
3. Voor bovenplanmatige of niet-budgettaire kosten en betalingen gelden de bepalingen van § 83 GO NRW. Over de betaling van deze kosten en de verrichting van deze betalingen beslist de directeur in zijn hoedanigheid van financieel beheerder van geval tot geval tot een bedrag van 30.000 EUR en het bestuur van geval tot geval tot een bedrag van 60.000 EUR.

Daarnaast beslist de directeur in zijn hoedanigheid van financieel beheerder met goedkeuring van het bestuur over de betaling van deze kosten van geval tot geval tot een bedrag van 1.000.000 EUR wanneer de hieruit resulterende meeropbrengsten met inachtneming van de meeropbrengsten uit interne dienstverleningsrelaties (overheadkosten) ten hoogste 25.000 EUR lager zijn dan de meerkosten.

4. Bevoegdheden voor kosten en betalingen kunnen worden overgedragen met goedkeuring van de directeur in zijn hoedanigheid als financieel beheerder. Als ze worden overgedragen, blijven ze tot het einde van het volgende begrotingsjaar bestaan. Bevoegdheden tot het verrichten van betalingen voor investeringen blijven tot de opeisbaarheid van de laatste betaling voor hun doel bestaan. Wanneer investeringsactiviteiten niet in het begrotingsjaar worden gestart, blijven de bevoegdheden tot het einde van het tweede op het begrotingsjaar volgende jaar bestaan. Voor het overige zijn op de overdracht van bevoegdheden de bepalingen van § 22 lid 2 – 4 GemHVO NRW van toepassing.
5. Investeringsactiviteiten worden in de begroting afzonderlijk gespecificeerd overeenkomstig § 4 lid 4 GemHVO NRW wanneer ze een bestedingsniveau van 50.000 € overschrijden.

Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt
- die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden
- der Vorsitzende der Verbandsversammlung hat den Beschluss der Verbandsversammlung vorher beanstandet
- der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber dem Zweckverband vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Gronau, 30.05.2017

R. G. Welten
Vorsitzender der Verbandsversammlung

Abl. Bez.Reg. Mstr. 2017 S. 182-184

102 Bekanntmachung des Regionalverbandes Ruhr

Aufgrund der §§ 1 (2), 7 und 23 des Gesetzes über den Regionalverband Ruhr, zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.11.2016 (GV NRW S. 965) in Verbindung mit der Verordnung über die öffentliche Bekanntmachung von kommunalem Ortsrecht (Bekanntm VO), zuletzt geändert durch Gesetz vom 05.11.2015 (GV NRW S. 741) wird hiermit öffentlich bekannt gemacht:

Haushaltssatzung des Regionalverbandes Ruhr für das Haushaltsjahr 2017

Die Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr hat nach § 9 Nr. 6 und § 20 Abs. 1 des Gesetzes über den Regionalverband Ruhr (RVR-G) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.02.2004 (GV NW S. 96), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.11.2016 (GV NW S. 965), in Verbindung mit §§ 78 ff Gemeindeordnung NW vom 14. Juli 1994 (GV NW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.11.2016 (GV NW S. 966), in ihrer Sitzung am 09.12.2016 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017, der die für die Erfüllung der Aufgaben des RVR voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit

dem Gesamtbetrag der Erträge auf	86.738.935 €
dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	90.958.935 €

im Finanzplan mit

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit auf	80.538.635 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit auf	87.747.597 €
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	9.903.700 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	33.715.400 €
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	41.767.900 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	13.300.000 €

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf 11.650.000 € festgesetzt.

nachrichtlich: in 2017 Umschuldungen 9.750.000 €

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf 3.000.000 € festgesetzt.

§ 4

Die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses im Ergebnisplan wird auf 4.220.000 € festgesetzt.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 6.000.000 € festgesetzt.

§ 6

Die gemäß § 19 des Gesetzes über den Regionalverband Ruhr zu erhebende Verbandsumlage im Haushaltsjahr 2017 wird auf 0,6717 % der Bemessungsgrundlagen festgesetzt.

Die Verbandsumlage ist in monatlichen Teilbeträgen zum 1. eines jeden Monats fällig.

§ 7

Die Verbandsumlage 2017 wird auch für das Jahr 2018 so lange als vorläufige Verbandsumlage weiter erhoben, bis auf Grund der für 2018 maßgebenden Bemessungsgrundlagen die Verbandsumlage errechnet werden kann.

Hinweis gem. § 7 (2) des Gesetzes über den Regionalverband Ruhr

Eine Verletzung der Verfahrens- und Formvorschriften des Gesetzes über den Regionalverband Ruhr beim Zustandekommen der Haushaltssatzung 2017 kann nach Ablauf eines Jahres nach dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) eine Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) die Aufsichtsbehörde hatte den Beschluss der Versammlung vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber dem Verband vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Die Haushaltssatzung 2017 ist gemäß § 19 Abs. 3 des RVR-Gesetzes i. V. m. § 80 Abs. 5 Gemeindeordnung NW dem Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen

mit Schreiben vom 31.01.2017 angezeigt worden. Gleichzeitig wurde im Sinne des Umlagegenehmigungsgesetzes (UmlGenehmG) i. V. m. § 19 Abs. 2 des Gesetzes über den Regionalverband Ruhr (RVRG) die Genehmigung des Hebesatzes für das Haushaltsjahr 2017 beantragt.

Nach § 80 Abs. 6 Gemeindeordnung NW liegt die Haushaltssatzung 2017 mit ihren Anlagen zur Einsichtnahme ab der 24. KW im Raum 115 des Dienstgebäudes in Essen, Kronprinzenstraße 6 während der Dienststunden von Montag bis Donnerstag, 07:30 Uhr bis 16:00 Uhr und Freitag, 07:30 Uhr bis 14:00 Uhr bis zum Ende der Auslegung des Jahresabschlusses öffentlich aus.

Essen, 23.05.2017



Hovenjürgen MdL
Vorsitzender des Verbandsausschusses

Abl. Bez.Reg. Mstr. 2017 S. 184-185

Amtsblatt

für den Regierungsbezirk Münster

Bezirksregierung Münster

48128 Münster

NRW UMWELTSCHUTZ

**Das
Grüne
Telefon:
0251/
4113300**



Eine Information der Landesregierung

Veröffentlichungsersuche für das Amtsblatt und den Öffentlichen Anzeiger – Beilage zum Amtsblatt – sind nur an die Bezirksregierung – Amtsblattverwaltung – in 48128 Münster zu richten. – Das Amtsblatt mit dem Öffentlichen Anzeiger erscheint wöchentlich. Redaktionsschluss: Freitag 10.00 Uhr. – Bezugspreis jährlich 25,00 € zzgl. Versandkosten jährlich 51,00 €. Einrückungsgebühr für die zweispaltige Zeile oder deren Raum 1,00 €. Für das Belegblatt werden 1,00 € zzgl. 0,50 € Versandkosten erhoben. Bezug von Einzellieferungen: 2,00 € zzgl. 2,00 € Versandkosten, werden Ende des Jahres per Rechnung ausgewiesen.

Abonnementsbestellungen und – Kündigungen wie folgt:

Zum 30.06. eines Jahres – Eingang bis 01.04.

Zum 31.12. eines Jahres – Eingang bis 01.10.

Bezug durch die Bezirksregierung Münster

Domplatz 1-3, 48143 Münster,

Auskunft erteilt Frau Brockmeier, Tel. 0251-411-1097

Email: poststelle@brms.nrw.de

Adressänderungen, Kündigungen etc. ausschließlich an die Bezirksregierung Münster

Druck, Vertrieb und Herausgeber: Bezirksregierung Münster